



Mitgliederentwicklung der Senioren-Union in den Vereinigungen des Rhein-Sieg Kreises August 2018 - November 2022

Liebe Mitglieder der Senioren-Union

Seit Jahren sind die Mitgliederzahlen in den politischen Parteien rückläufig. Gegenüber den besten Zeiten haben sich die Zahlen fast halbiert. Das große Thema, in dessen Zusammenhang der Mitgliederschwund gehört, ist das, was Wolfgang Schäuble die Krise der Demokratie nennt, welche nur dann erfolgreich bestehen kann, wenn sie von den Bürgern getragen und verteidigt wird. Er sehe dies als die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft an.

Ich habe mir auch daraufhin überlegt, die Mitgliederentwicklung unserer Kreis-Senioren-Union (KrSenU) zu analysieren. Damit wird die allgemeine Entwicklung auf der Ebene unserer KrSenU sichtbar. Als Rohdaten dienen Monatsenddaten August 2018 - November 2022 der CDU-Kreisgeschäftsstelle.

Insgesamt hat die Zahl der Mitglieder in Beobachtungszeitraum von zweieinviertel Jahren um 155 (12,4 %) abgenommen, auf nun 1.095 Mitglieder. Dies liegt im Trend des Bezirks Mittelrhein sowie des Landes NRW.

Die Entwicklung in den 19 Vereinigungen ist aber durchaus unterschiedlich. Grob können vier Gruppen unterschieden werden.

1. Vier Vereinigungen (Alfter 0,0 %, Hennef -12 %, Niederkassel -7,9 %, Troisdorf -5.1 %) bewegen sich im allgemeinen NRW.
2. Acht Vereinigungen (Sankt Augustin -20,8 %, Bornheim -21,6 %, Königswinter -28,3 %, Meckenheim -18,3 %, Much -28,6 %, Neunkirchen-Seelscheid -17,2 %, Rheinbach -30,8 %, Siegburg -28,1 %) haben deutlich überdurchschnittliche Verluste von um die 20 % und mehr.
3. Vier Vereinigungen (Bad Honnef +23,7 %, Swisttal +3,3 %, Wachtberg +93,1 %, und Windeck von 0 auf 21 Mitglieder) haben stetigen oder aktuell hohen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen. Der Mitgliederzuwachs in Wachtberg ist schlicht sensationell. Ein Sonderfall ist Windeck nach der Neugründung im Mai 2020.
4. Drei Vereinigungen (Eitorf, Lohmar, Ruppichteroth) sind realistisch betrachtet in einem inaktiven Stadium. Insbesondere hinsichtlich Eitorf wird derzeit daran gearbeitet, die Vereinigung nachhaltig zu reaktivieren.

56,3 % der Mitglieder der KrSenU sind nur Mitglieder der SenU, nicht aber der CDU. Auch hier gibt es deutliche Unterschiede. In Bad Honnef und in Bornheim liegt der Anteil der Mitglieder der SenU, die auch CDU-Mitglieder sind, bei etwa 65 %. In Hennef, Neunkirchen-Seelscheid und Niederkassel hingegen liegt der Anteil der CDU-Mitglieder bei 25%. Ein Sonderfall ist wiederum Windeck. Dort wurden bei der Neugründung zunächst CDU Mitglieder angesprochen.

Etwa 60 % der Mitglieder der Senioren-Union sind Frauen, 40 % Männer.

Bei der Interpretation der Daten ist zu berücksichtigen, dass in den Corona-Jahren die Zahl der Veranstaltungen und Exkursionen fast überall deutlich

zurückgegangen ist. Dies erklärt einen Teil des insgesamt rückläufigen Trends.

Seit März 2022 ist eine deutliche Wiederbelebung zu beobachten. Von März bis August 2022 waren 50 Neueintritte zu verzeichnen. Neue Mitglieder gibt es auch aktuell in Alfter, Sankt Augustin und Neunkirchen-Seelscheid, Ruppichteroth, Wachtberg und Windeck. Diese Zahlen sind nicht in der neuesten Novemberstatistik berücksichtigt.

Was tun? Aus den Eindrücken bei den Vereinigungen und Gesprächen mit Vorsitzenden ergibt sich die Strategie recht eindeutig. Neue Mitglieder werden gewonnen durch

- ein attraktives politisches und gesellschaftliches Jahresprogramm.
- Ausflüge und Exkursionen.
- persönliche Ansprache vor allem durch die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden.

Ganz besonders wichtig ist die persönliche Ansprache. Wir dürfen und können Menschen sagen, dass sie mit Ihrer Lebenserfahrung und ihrem Wissen und Können in der Senioren-Union der CDU dringend gebraucht werden, für unser demokratisches Gemeinwesen und für praktisches Engagement vor Ort. Nur so kann unsere Demokratie getragen und verteidigt werden.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien und Angehörigen ein glückliches Jahr 2023, vor allem Anderen Gesundheit.

Ihr

Prof. Dr. Rolf D. Cremer
Kreisvorsitzender, Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg

Es braucht Zuversicht!

Die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine haben zur Folge, dass die gesamtwirtschaftliche Situation angespannt ist. Viele Bürgerinnen und Bürger sind aufgrund der Energiepreisentwicklung, Inflation sowie der Lieferengpässe sehr beunruhigt. Besonders bei uns in Nordrhein-Westfalen blicken viele Menschen sorgenvoll in die Zukunft, denn wir sind nicht nur das Industrieland Nummer 1, sondern im bundesweiten Vergleich auch der Energieverbraucher Nummer 1. Gerade unsere Unternehmen sind in Not, denn Investitionen werden

verzögert, Aufträge nicht platziert. Hier muss die Politik schnellstmöglich verlässliche Leitplanken vorgeben.

In diesen Tagen sind es aber auch Rentner, Studenten, Familien, Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen sowie Bürgergeld-Empfänger, welche die finanziellen Auswirkungen der aktuellen Situation massiv zu spüren bekommen.



Björn Franken, MdL

Doch sind nicht alle gleichermaßen betroffen. Bei vielen Haushalten hat der Stromvertrag Bestand, ohne die öffentlich bekannten extremen Preisanstiege. Viele haben Gas oder Öl im Vorrat und müssen im derzeitigen Preishoch nicht einkaufen. Allerdings drohen in der medialen Welt immer neue Superlative, immer neue Szenarien, die noch mehr Unsicherheit verbreiten. Dies führt dazu, dass auch diejenigen, die die Möglichkeiten hätten, ebenfalls zögern zu investieren oder Einkäufe zu tätigen. Dies verschlimmert die Lage obendrein.

Gerade angesichts dieser Form der Berichterstattung ist die Politik auf Landes- und Bundesebene in der Verantwortung, den Bürgerinnen und Bürgern jetzt Sicherheit zu geben. Es braucht eine sachliche Benennung der Probleme und anschließend schnelle, unbürokratische Lösungen, um zielgerichtet die notwendigen Hilfsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Die schwarz-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen übernimmt gerade in diesen schwierigen Zeiten Verantwortung und zeigt die notwendigen Lösungen auf, um gemeinsam die Herausforderungen anzugehen. Denn Krise braucht Klarheit: Im Dezember 2022 wurden im nordrhein-westfälischen Landtag die Entwürfe zum zweiten Nachtragshaushalt 2022 und zum NRW-Krisenbewältigungsgesetz eingebracht. Das Ziel ist es, ein Sondervermögen von bis zu fünf Milliarden Euro bereitzustellen und dadurch Klarheit als auch Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Zudem ist geplant, auch für das kommende Jahr das Bestehen einer außergewöhnlichen Notsituation im Sinne des Haushaltsverfassungsrechtes festzustellen, um handlungsfähig zu bleiben. Mittels Investitions- und Hilfsprogrammen, die schnell und umfassend wirken, werden wir volkswirtschaftliche und soziale Schäden vermeiden.

Mit dem Sondervermögen „Krisenbewältigung“ können kurzfristige Unternehmenshilfen umgesetzt und die Transformation der Wirtschaft hin zur Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern beschleunigt werden. Das Ziel ist es, mit diesen Geldern die Lücken der Bundeshilfsprogramme, der Strom- und Gaspreisbremse als auch der zusätzlichen Härtefallfonds zu schließen. Unsere Landesregierung plant, mit dem Sondervermögen jedoch nicht nur die Auswirkungen für die Wirtschaft abzumildern, sondern auch für die zahlreichen sozialen Einrichtungen sowie ehrenamtlichen Vereine und Initiativen. Ein weiterer Fokus liegt darauf, die soziale Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft zu erhalten.

Die Lage ist nicht leicht. Dennoch ist es an uns, mit guter Politik und den genannten Maßnahmen die Krise abzumildern. Es ist an uns, den Menschen in diesen Tagen Zuversicht zu geben und zu sagen: Wir haben viele Krisen überstanden, diese überstehen wir auch.

Björn Franken, MdL und stellvertr. Kreisvorsitzender

Reizthema China

Wer die Medien zum Thema China verfolgt, gewinnt den Eindruck einer akuten und wachsenden Gefahr für die internationale Ordnung, den Weltfrieden und speziell auch unseres deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Buchtitel wie "Weltkrieg um Wohlstand" (Steingart 2006), "Der nächste Kalte Krieg: China gegen den Westen" (Hirn 2013) suggerieren einen existenziellen Konflikt. Der Verkauf von Anteilen am Container Terminal Tollerort in Hamburg und des Chipherstellers Elmos schüren Ängste über Erpressbarkeit. Alarmierende Warnungen, mit China nicht den gleichen Fehler wie mit der Abhängigkeit von Russland zu machen, komplettieren das Bild.

Dazu, auch mit der Erfahrung von insgesamt zwei Jahrzehnten, die ich in China gelebt und gearbeitet habe, ein paar Anmerkungen.

Geschichte und Geopolitik. Seit der Öffnung Chinas zu Anfang der 1980er Jahre verschieben sich die Gewichte in der Weltpolitik.

Die USA sind die einzige nach dem Kalten Krieg verbliebene Supermacht, wirtschaftlich, politisch und militärisch.

China sieht sich, wie seit 2.500 Jahren, als führende Zivilisation und Kultur und verhält sich diesem Selbstbild gemäß auch heute. Es beansprucht einen Platz unter den "Großen". Sieht sich als gleichberechtigter Co-Architekt einer sich ständig weiter entwickelnden Weltordnung.

Die Weltgemeinschaft muss sich mit dem Gewicht, den Bedürfnissen und den Werten Chinas auseinandersetzen und die Ordnung weiterentwickeln. Man sollte akzeptieren, dass insbesondere China im Laufe der Zeit zu einer Weltmacht aufsteigen wird, wirtschaftlich, politisch und auch militärisch.

Europa muss sich seine Interessen gegenüber China – und gegenüber den USA – klarmachen. Europäisches Interesse sind Kooperation nach ausgehandelten Regeln und die Sicherung unserer eigenen Ordnung und Gesellschaftsform. Das schließt selbstverständlich unsere Werte ein. Das europäische Interesse ist nicht, Supermacht zu sein. Es braucht sich deshalb den speziellen Interessenkonflikt zwischen China und den USA ("Who is Number One?") nicht zu eigen zu machen.

Abhängigkeit. In der öffentlichen Diskussion wird die These unserer Abhängigkeit von China wiederholt. Die Wirklichkeit ist, dass Deutschland, wie alle anderen, sich in China seit der Öffnungspolitik unter Deng Xiaoping wirtschaftlich in größtem Stil engagiert hat. Über 6.000 deutsche Unternehmen, nicht nur die bekannten Flaggschiffe aus der Automobil-, Chemie- und Maschinenbauindustrie, sind nach China gegangen. Sie verkaufen, produzieren und entwickeln dort Produkte und Dienstleistungen, aus eigener Kraft und in Kooperation mit chinesischen Partnern. Damit sichern sie ihr eigenes Überleben und damit Wohlstand und Sicherheit von Arbeitsplätzen in Deutschland.

Niemand hat deutsche Unternehmen hinterhältig in eine Abhängigkeit von China hineingezogen. Um das eigene riesige Volk aus Chaos, Elend und Rückständigkeit der Mao-Jahre herauszubringen, öffnete China seine Märkte und unterwarf seine eigenen Unternehmen einem unglaublichen Konkurrenzdruck. Helfen, profitieren, kooperieren und konkurrieren sind dabei nicht voneinander zu trennen. Sie sind Charakteristika unseres eigenen, hoch erfolgreichen Wirtschaftssystems.

Man mag darüber streiten, ob man in der ein oder anderen deutschen Branche zu gierig nach

Marktanteilen gewesen ist, oder zu blauäugig in Bezug auf die Bedingungen in China war. Ebenso wird in China diskutiert, ob die Verwestlichung des Alltagslebens zu weit gegangen ist. Und ob die Abhängigkeit Chinas von importierter westlicher Technologie nicht zu groß geworden ist. Bei der Abhängigkeit geht es deshalb in Wahrheit um ein wechselseitig aufeinander Angewiesensein, auf allen Seiten.

Die Wirtschaftsbeziehungen mit China sind deutlich diversifizierter als die mit Russland. Von einer Abhängigkeit, bei der ein Partner buchstäblich den Hahn zu drehen kann, kann im Verhältnis zu China keine Rede sein. Dass es legitim ist, strategische Infrastruktur zu schützen, sollte selbstverständlich sein.

Politische Reform. Im Westen verband sich die positive wirtschaftliche Entwicklung in China mit der Erwartung, dass sich auch das politische System wandeln würde. Das beruhte auf der Idee, dass die weitere Entwicklung einer kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Ordnung nur dann möglich sein würde, wenn auch das politische System sich ändere. Dieser Gedanke liegt schon populären Büchern wie "The End of History" (Fukuyama 1989) oder "The World is flat" (Friedman 2005) zugrunde: die Weltgeschichte habe eine Art Endzustand erreicht, in dem überall die gleichen – westlichen – Regeln und Werte herrschen. Es sieht nicht danach aus, dass das so stimmt.

Seitdem wird China vor allem als Systemrivale gesehen. Die bequeme Vorstellung, dass China ohne politische Reform wirtschaftlich-technisch nicht an den Westen heranreichen könne, löste sich in Luft auf.

Es ist offensichtlich, dass dieser Perspektivwechsel im Westen bezüglich China durch die Übernahme der Macht durch Xi Jinping befeuert wurde. Das, was China bis etwa 2010 auszeichnete war langfristige Perspektive und Planung, verbunden mit einem Fokus auf Pragmatismus, Ausprobieren, Offenheit und Lernen von anderen, vor allem auf lokaler Ebene. Als "Administrative Experimentalism" (Verwaltungsgesteuertes Experimentieren) wurde dies in der Literatur bezeichnet. Die Aufhebung der Beschränkung der Amtszeit des Generalsekretärs auf zwei Amtsperioden, die völlig verkorkste Non-COVID Politik, und die fehlende Gelassenheit in Hongkong und die Menschenrechtsverletzungen gegenüber den muslimischen Uiguren in Xinjiang stehen für eine inflexible und repressive Politik der Härte. Das ist eine schwere Belastung der China-Politik fast überall.

Chinapolitik. Aber das ändert nicht die wirtschaftliche und geopolitische Grundkonstellation. Mit China im Dialog zu bleiben und immer wieder Kooperation im beiderseitigen Interesse zu suchen, und ohne moralische Keule daher zu kommen, ist der Weg zu einem erfolgreichen Umgang mit China.

Kein einziges wichtiges internationales Problem, einschließlich der Friedenssicherung, des Klimaschutzes und der Ernährungsversorgung kann ohne China, oder gar gegen China bearbeitet werden. Auch nicht, um das offensichtliche aktuelle Beispiel zu nehmen, der Krieg in der Ukraine. Letztlich kann nur China Russland vom Schlimmsten abhalten.

Prof. Dr. Rolf D. Cremer

Kreisvorsitzender Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg

Zur Finanzlage der Kommunen

Die Städte und Gemeinden stehen im Staatsaufbau (als Teil der Länder) an der untersten Stelle. Sie haben über ihre Ständesvertretungen und Lobbyorganisationen Städtetag, Städte- und Gemeindebund und Landkreistag nur geringen Einfluss auf die Gesetzgebung, auch auf die für sie speziell relevante Gesetzgebung. Sie können zwar fordern, lobbyieren, beraten, informieren – aber die wesentlichen Entscheidungen – die die Kommunen betreffen, werden in Land und Bund getroffen, in den Parlamenten und Regierungen. Gerade deshalb ist es ein wichtiger Punkt für die Städte und Gemeinden, ihre örtlichen Abgeordneten in Landtag und Bundestag immer wieder für die kommunalen Belange anzusprechen und um Unterstützung zu bitten.

Die Abhängigkeit zeigt sich natürlich und vor allem auch auf dem Gebiet der Finanzen. Die Kommunen haben kaum eigenständige Einnahmequellen. Im Grunde sind es nur die im Aufkommen stark volatile Gewerbesteuer, die marginale Vergnügungssteuer und die Grundsteuer. Und auch da gibt es, wie jeder Kommunalpolitiker weiß, enge Grenzen der Gestaltungsfreiheit - aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen. Die Einnahmen aus diesen Lokalsteuern decken überdies nur einen Teil der städtischen Ausgaben ab - meistens höchstens ein Drittel. Beitrags- und Gebühreneinnahmen sind ausgaben- und zweckgebunden. Und so bleiben den Kommunen als Haupteinnahmequellen nur die festgeschriebenen Anteile an Lohn- und Einkommenssteuer sowie an Umsatzsteuer und dazu die Schlüsselzuweisungen

des Landes, die oft stark schwanken und nicht auf mittlere Sicht kalkulierbar sind.

Ähnlich fremdbestimmt sind auch die Ausgaben der Kommunen. Ministerialverwaltungen des Bundes und der Länder sind weit entfernt; die Aufgaben vor Ort haben die Bediensteten in Stadt und Gemeinde zu leisten. Sie sind die nächstgelegene Behörde und in unmittelbarem Kontakt mit der Bürgerschaft. Und sie haben alles zu erledigen, was vor Ort anfällt, ob Flüchtlinge oder die Bekämpfung von Corona, und müssen das erstmal selbst bezahlen.

Und die von Bund und Land auferlegten Aufgaben wachsen ständig.

Das in den Länderverfassungen festgeschriebene Konnexitätsprinzip, wonach der Gesetzgeber den Kommunen nur Aufgaben übertragen darf, wenn gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten getroffen werden, läuft aber dann leer, wenn keine vollständige Kostendeckung vorgenommen wird. Dies ist häufig der Fall.

Nicht nur durch diesen Umstand steigen die Ausgaben der Städte und Gemeinden jedes Jahr kontinuierlich an: Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhungen treiben die Personalkosten hoch; die Preissteigerungen für Sachmittel kommen unweigerlich hinzu. Höhere Infrastrukturkosten für z.B. Schulen und Kindergärten infolge höherer Einwohnerzahlen, eklatante Sanierungsbedarfe für Betongebäude aus den 60/70er Jahren sind die gewaltigsten Herausforderungen für viele kommunale Etats.

Die Ausgaben steigen dynamisch, die Einnahmen nicht, oft bleiben sie zudem unberechenbar. Klar ist: die Lücke wird immer größer, die Haushaltsdefizite erreichen Rekorde, das Eigenkapital schmilzt weg, Grundsteuererhöhungen finden keine Mehrheiten, Überschuldungen der kommunalen Haushalte rücken immer näher, Spar- und Konsolidierungskonzepte können kaum mit dem zunehmendem Finanzmangel Schritt halten.

Auffällig ist, dass die Lage für die Kommunen in NRW drastisch schlechter ist als in Bayern. In Bayern werden viele Aufgaben von Landesoberbehörden wahrgenommen und dadurch dann vom Freistaat bezahlt. Die gleichen Aufgaben sind in NRW der „kommunalen Familie“ zugeordnet und werden von den Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen wahrgenommen; in den Verbandsversammlungen sitzen die

von den Kreisen entsandten Kommunalpolitiker, die sich freuen, dass so basisnah über die Leistungen des Verbands entschieden wird. Die Zeche aber zahlen die Kommunen, die per Landschaftsumlage die Ausgaben des Verbandes schultern müssen. Eine Verwaltungsreform auf Landesebene, die die Strukturen von fünf Regierungsbezirken, zwei Landschaftsverbänden und Kommunalverband Ruhr und die Finanzbeziehungen im Land neu ordnet, hat noch keine Landesregierung zustande gebracht. Die Besitzstandswahrer konnten von niemandem überwunden werden.

Nun sind in den letzten Jahren die finanziellen Herausforderungen der Kommunen urplötzlich noch weiter hochgeschwollen. Flüchtlinge, Corona, Ukrainekrieg, galoppierende Inflation, exorbitante Tarifsteigerungen, Energiekosten – all das zusammen ist für die Städte und Gemeinden nicht mehr zu verkraften. Ohne Hilfe von oben würden nahezu alle kommunalen Haushalte in Sicherungskonzepte und/oder Zwangsverwaltungen staatlicher Kommissare abgleiten und nur mit drastischen Abgabenerhöhungen und Leistungsabbau irgendwann wieder herauskommen.

Das kann niemand wollen. Und das will auch niemand vor der Bürgerschaft vertreten. In zweieinhalb Jahren sind in NRW schon wieder Kommunalwahlen mit großem Einfluss auf die Landtagswahlen 2027. Und die gemeindlichen Haushalte 2023 und Doppelhaushalte 2023/24 müssen eine mittelfristige Finanzplanung bis 2026/2027 darstellen. Die konventionelle Darstellung der kommenden Ausgabenbelastungen würde nahezu sämtliche Haushalte als marode erscheinen lassen. Sofortige Steuererhöhungen und baldiger Abschluss von kommunalen Leistungen stünden dann an.

Das Land hat dagegen notwendige Abhilfe geschaffen: ein Teil der Flüchtlingskosten wird erstattet; als Corona-Hilfe hat der Landtag letzte Woche beschlossen, 500 Mio. € noch in 2022 an die Kommunen auszuschütten.

Wesentliche Abhilfe (für den Moment) bringt aber eine Rechtsänderung: die sog. Corona-Isolierung und die sog. Ukrainekrieg-Isolierung. Danach müssen die Städte und Gemeinden alle Kosten, die durch diese beiden Ereignisse bedingt sind, im Haushalt „isolieren“, also gesondert erfassen. Diese Beträge gehen nicht in das Jahresergebnis ein; d.h. das

Jahresergebnis wird so verbessert. Erst in 2026/2027 ist von den Räten zu entscheiden, ob die Isolierungsbeträge dann ins Jahresergebnis aufgenommen werden soll (was der unwahrscheinlichere Fall ist) oder über 50 Jahre in der Bilanz als Sonderposten stehen und abgeschrieben werden.

Diese veränderte Rechtslage rettet die meisten Kommunen aufs erste. Auch der Kreistag hat – neben einer generell sparsamen Haushaltsführung – die Isolierungsmöglichkeiten voll ausgeschöpft und konnte die Belastung der Städte und Gemeinden gegenüber der bisherigen Finanzplanung um rd. 60 Mio. € in den nächsten vier Jahren reduzieren.



Jürgen Becker,
Kreistagsabgeordneter

Derzeit fehlt noch ein Überblick über die konkrete Finanzsituation in den einzelnen Kommunen. Etliche haben ihren Haushalt noch nicht beschlossen, in etlichen liegen noch gar keine Entwürfe ihrer Verwaltung vor, da die ge-

nauen Daten von Bund, Land und Kreis aufgrund der Entlastungsgesetzgebung (Entlastung der Bürger und Unternehmen bedeutet Belastung der öffentlichen Haushalte) offen waren. Etliche schon beschlossene Haushalte in einigen Städten dürften nicht mehr aktuell sein. In einigen Wochen wissen wir mehr über die Haushaltslagen, die sicherlich von Kommune zu Kommune auch ein unterschiedliches Bild zeigen.

Die wahre Finanzlage der Kommunen werden wir erst wieder beurteilen können, wenn die Sonderbelastungen jetzt insbesondere des Krieges beendet sein werden und wenn dann alle Sonderregelungen ausgelaufen sind. Ich glaube, der Blick auf den Finanzstatus aller öffentlichen Haushalte wird erschreckend sein.

Jürgen Becker, Kreistagsabgeordneter

Dr. Norbert Röttgen MdB im Gespräch mit Senioren-Union Wachtberg und Meckenheim

Meckenheim/Wachtberg: Groß war die Resonanz auf die angekündigte politische Diskussion der beiden Senioren-Unionen von Meckenheim und Wachtberg

mit dem Bundestagsabgeordneten Dr. Norbert Röttgen.

Mehr als 50 Zuhörerinnen und Zuhörer füllten die Aula der Realschule auf dem Meckenheimer Campus. Ganz besonders freuten sich die Veranstalter, dass der Bürgermeister von Meckenheim, Holger Jung, und der Vorsitzende der Senioren-Union des Rhein-Sieg-Kreises, Prof. Dr. Rolf Cremer (Bad Honnef), der Einladung gefolgt waren.

Der in Meckenheim geborene Norbert Röttgen ist einer der profiliertesten Außen- und Sicherheitspolitiker Deutschlands. Den Teilnehmern vermittelte er nachvollziehbar analytisch präzise und strukturiert mehrere Szenarien, die die derzeitigen weltpolitischen Herausforderungen und deren möglichen Folgen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine, mit sich bringen. Wirtschafts-, Handels-, Energiefragen, die globalen Zusammenhänge zwischen Europa – USA – China – Russland, Unterstützungen und Abhängigkeiten, all das waren Thema seines Referates und anschließend der Fragen der Teilnehmer. Es gibt Wege aus der vermeintlichen „Hilflosigkeit“, die Norbert Röttgen auch in seinem Bestseller „Nie wieder hilflos“ detailliert beschrieben hat.



Auf dem Podium: L. Müller, Dr. N. Röttgen MdB,
Dr. D. Braun

Die beiden Gastgeber, Leonhard Müller (Vors. der Senioren-Union Meckenheim) und Dr. Dieter Braun (Vors. der Senioren-Union Wachtberg) freuten sich über das außerordentlich positive Feedback der Besucher:

„Dr. Röttgen zeigte in dieser Diskussion seine immense politische Erfahrung, die er mit stringenter Logik dem Publikum vorträgt“ resümierten beide nach der Veranstaltung.

Senioren-Union Wachtberg/Meckenheim

Senioren Union Hennef bei den Vereinten Nationen in Bonn

Nach fast 3 Jahren Planung und Absagen aufgrund der Corona-Pandemie konnten 29 Mitglieder der Senioren Union Hennef den UN-Campus in Bonn besuchen. Herr Harald Ganns, Senior Advisor bei der UN und ehemaliger deutscher Botschafter in Südafrika und sechs weiteren afrikanischen Ländern, hielt nach der Sicherheitskontrolle und Begrüßung der Gruppe im 21. Stock des ehemaligen Abgeordnetenhochhauses „Langer Eugen“ einen Vortrag über den Grundgedanken und den Aufbau der UN-Organisationen.

Seit 1951 haben die UN Büros in Bonn, 1996 stellt die deutsche Bundesregierung mit dem „Haus Carstanjen“ den UN ein erstes Gebäude zur Verfügung, Start z.B. für das Klimaschutzsekretariat und weitere UN-Organisationen. Durch den Umzug der Bundesregierung nach Berlin und das Berlin/Bonn-Gesetz 1994, die Ansiedlung von internationalen Organisationen sollten einen Leerstand in Bonn verhindern, wurde der Weg frei für den Ausbau des Standortes Bonn als UN-Campus. 2006 erfolgte die offizielle Einweihung, das Abgeordnetenhochhaus „Langer Eugen“ und weitere ehemalige Gebäude der Bundesorgane wurden nach und nach integriert. Die letzte Erweiterung erfolgte im Frühjahr 2022 mit der Einweihung des Hochhaus-Neubaus „Climate Tower“ am Rhein, eines der modernsten und ökologischsten Gebäude, nicht nur in Bonn. Zurzeit haben 25 Organisationen der UN ihren Sitz in Bonn, das Klimasekretariat war von Anfang an ein Schwerpunkt der Arbeit und hat mit ca. 500 Mitarbeitern den größten Anteil an den insgesamt knapp 1.000 Beschäftigten.



Nach vielen Fragen und Antworten durften die Teilnehmer den höchsten Punkt des

Hochhauses im 29. Stock besuchen, an dem sie durch Herrn Ganns weitere Informationen über das ehemalige Bonner Regierungsviertel erhielten und die einzigartige Aussicht über Bonn genießen konnten, die leider durch das schlechte Wetter stark beeinträchtigt wurde. Der Abschluss fand im Parkrestaurant

Rheinaue statt, da blieben kaum noch Wünsche offen und Gesprächsstoff gab es genug.

Senioren-Union Hennef, Dietmar Wechtler und Marga Rothe

Senioren-Union Niederkassel im Flutgebiet der Eifel

Bei der Fahrt im Rahmen des sozial- und kulturpolitischen Programms der Senioren-Union Niederkassel hatte es der Wettergott wieder einmal gut gemeint. Von strahlendem Wetter begleitet ging es diesmal in die „Schnee-Eifel“. Erstes Ziel war die ehemalige Kreisstadt und heutige Verbandsgemeinde Prüm. Nach der Mittagspause starteten die Seniorinnen und Senioren Richtung Bad Neuenahr-Ahrweiler, wo sie vom Ortsvorsteher des Ortsbezirks Bad Neuenahr Richard Lindner begrüßt und durch die Stadt geführt wurden. Er führte die Besucherinnen und Besucher durch die von der Flut vom Juli 2021 verwüstete Stadt und schilderte die Maßnahmen und Zeitpläne des Wiederaufbaus. Die Einwohner seien den wildfremden Menschen unheimlich dankbar, die unaufgefordert aus der ganzen Bundesrepublik ins Ahr-Tal kamen und die tausendfach Hilfe und Unterstützung



bei den Aufräumarbeiten leisteten. Täglich waren 200 bis 250 Feuerwehrleute aus ganz Deutschland zum Helfen gekommen.

Allein in Bad Neuenahr sind 20.000 Menschen von den Zerstörungen betroffen. 70 Tote sind zu beklagen, von 17 Brücken im Stadtbereich sind 15 und die gesamte Infrastruktur zerstört. Alles, wie Kanäle, Straßen usw., ist neu aufzubauen.

Erstaunt waren die Teilnehmenden über die Zuversicht und teilweise Euphorie der Bevölkerung im Ahr-Tal zu den geplanten und bereits erreichten Wiederaufbau-Maßnahmen. Allerdings wurden auch Resignationsäußerungen einzelner Bürger laut.

Ortsvorsteher Lindner bedankte sich für den Besuch der Senioren-Union Niederkassel und unser Interesse: „Das motiviert uns und hilft beim Wiederauf-

bau“. Dies wird in der Region auch nicht als „Katastrophen-Tourismus“ gesehen.

Zum Abschluss der Fahrt ins Ahr-Tal besuchten die Teilnehmenden das Weingut Kloster Marienthal.

*Volker Hofmann,
Stellvertr. Vorsitzender und Pressesprecher SenU Niederkassel*

Achtung Schockanrufe – dringende Meldung aus der Präventions- dienststelle der Polizei Bonn!

Mein Name ist Marita Wichterich, ich arbeite als Kriminalhauptkommissarin in der Präventionsdienststelle der Polizei Bonn und möchte Sie in diesem Artikel vor sog. Schockanrufen warnen.

In der Regel beginnt ein Schockanruf wie folgt: Das Telefon klingelt, Sie heben ab und das Erste was sie hören, ist ein hemmungsloses Weinen oder Schluchzen, sehr herzerreißend und nicht enden wollend. Die Person am anderen Ende erscheint so mitgenommen, dass Sie kaum oder gar nicht mit Ihnen reden kann. „Was muss ihr Schreckliches widerfahren sein?“ ist vermutlich Ihr erster Gedanke. Und dann kommt die erschütternde Nachricht, vielleicht von der weinenden Person selbst, mit sehr gebrochener Stimme, häufig auch direkt von einer dritten Person, die so oder so ähnlich lauten könnte: „Ihre Tochter sitzt nach Verkehrsunfall in U-Haft. Eine Kautionszahlung von 70.000 Euro ist erforderlich!“

Mit dieser Masche ergaunern sich Betrüger aktuell Geld im Raum Bonn. In folgendem Beispielsachverhalt wurde eine 70jährige ältere Dame Sieglinde H. von ihrer Tochter angerufen – wie sie dachte. Denn die Täterin meldete sich mit dem Vornamen der Tochter, hatte eine sehr ähnliche Stimme und da sie weinte, hörte sie sich „verständlicherweise ein wenig anders an als sonst“. Sie gab vor, sie benötige dringend finanzielle Hilfe. Nach einem von ihr verursachten Verkehrsunfall, bei dem Menschen, u.a. eine junge Mutter mit Kind gestorben seien, befinde sie sich nun in Untersuchungshaft, aus der sie nur gegen Kautionszahlung entlassen werde. Sie erbitte die Handynummer der Mutter, um sie an die ermittelnde Polizeibeamtin weiterzugeben, damit auch diese mit ihr sprechen könne.

Anruf einer falschen Polizeibeamtin: Kurze Zeit später meldete sich prompt eine „Kommissarin Hildgard Dietrich“, die der älteren Dame offerierte, dass

bei einer Kautionszahlung in Höhe von 70.000 Euro, die Möglichkeit bestehe, dass ihre Tochter aus der Untersuchungshaft entlassen werde.

Bewahren Sie bitte Ruhe! Tun Sie erst einmal nichts, verschaffen Sie sich zuerst Gewissheit, auch wenn das schwerfällt! So muss immer Ihre erste Devise lauten! Sieglinde H. handelte leider sofort, konnte aber auf die Schnelle nur 10.000 Euro bei Ihrer Bank abheben. Die abgehobenen 10.000 Euro sowie ihren Schmuck überbrachte sie an eine ihr von den Tätern benannte (wahllose) Privatadresse in Remagen, wo ein Abholer bereits auf sie wartete. Telefonisch teilte man ihr nach der Übergabe mit, dass diese Summe fürs Erste ausreichend sei, sie könne ja in den kommenden Tagen den Restbetrag überbringen. Zum Glück misstraute die Hausbank. Hierzu kam es Gott sei Dank nicht mehr, da die Bank bei der zweiten Abhebung erfolgreich ihre Bedenken gegenüber Sieglinde H. äußerte und nachfolgend die Polizei informiert wurde.

Verhaltensregeln Was kann ich tun, wenn ich einen Anruf mit betrügerischen Absichten erhalte? Egal, was jemand, dem Sie glauben aufgrund seiner vorgegebenen beruflichen Eigenschaft oder Bekannten- oder Angehörigenstatus vertrauen zu können, Ihnen erzählt und wie dringend er oder sie es auch macht, die erste Devise muss immer für Sie lauten:

- ❶ „Ruhe bewahren - Überblick verschaffen! Und erst einmal nichts tun, auch wenn es schwerfällt!“
- ❷ Raten Sie nicht, wer am Telefon ist. Wenn, raten Sie gezielt (!) einen Namen, der auf keinen Fall in ihrem Bekannten oder Verwandtenkreis vorkommt. Geht der Anrufer darauf ein, wissen Sie, hier stimmt etwas nicht.
- ❸ Rufen Sie die vermeintlich bekannte Person unter der Ihnen bekannten Nummer zurück – so können Sie sichergehen, dass Sie nicht mit einer unbekannt Person telefonieren. Wählen Sie dabei selbst, nutzen Sie nicht die Rückruftaste.
- ❹ Wenn Sie sich durch den Anrufer unter Druck gesetzt fühlen, unterbrechen Sie das Gespräch. Das ist nicht unhöflich, sondern Sie handeln, um sich zu schützen.
- ❺ Wenn sich der Anrufer als Polizist*in ausgibt und Sie auffordert, die Leitstelle der Polizei anzurufen, um seine Identität zu überprüfen; tun Sie das. Aber...!

Wichtig ist: Unterbrechen Sie selber den Anruf, warten Sie einen Moment und wählen Sie selber die Telefonnummer ihrer örtlichen Polizeidienststelle oder die 110. So stellen Sie sicher, dass die Verbindung getrennt ist und eine neue Verbindung zur richtigen Polizei aufgebaut wird.

⑥ Übergeben oder überweisen Sie niemals Geld an eine fremde Person, auch wenn Ihnen diese noch so vertrauenswürdig erscheint. Auch Polizeibeamte sind für Sie grundsätzlich Fremde.

⑦ Deponieren Sie niemals Geld oder Wertgegenstände an einem Ort, auch wenn Sie dazu angewiesen werden. Große Geldbeträge, Gold, ggf. sehr wertvoller Schmuck sind und bleiben auf der Bank am sichersten aufgehoben.

⑧ Bereiten Sie sich gedanklich schon heute auf solche Anrufe vor – spielen Sie sie für sich durch

Marita Wichterich (Dipl.-Jur.)

*Kriminalhauptkommissarin Polizeipräsidium Bonn Direktion K – KK KP/O Königswinterer Straße 500, 53227 Bonn
Telefon +49 228-15-7617 Telefax +49 228-15-1230*

Seniorenberatung.bonn@polizei.nrw.de

<https://www.polizei-beratung.de/themen-und-tipps/betrug/enkeltrick/>

*Tagesaktuelle Maschen kann man unter:
www.mimikama.at erfahren.*

Das Leid der Alten unter Corona

Im Mittelpunkt medialer Berichterstattung über die Auswirkungen von Corona stehen Kinder und Jugendliche. Die Medien sind voll von Berichten und Mitleids-Bekundungen, wie sehr sie unter Corona-Einschränkungen leiden, welche gravierenden psychologischen Probleme mit den Lock-downs verbunden sind usw.. Zweifelsohne leiden die Kinder und es liegt auf der Hand, dass die Corona-Beschränkungen schlecht sind für die psychische Entwicklung.

Das Leid anderer gesellschaftlichen Gruppen wurde nicht untersucht. Manchmal entstand gar der Eindruck, wir Alten seien wegen der Rücksichtnahmen privilegiert. Sind es nicht gerade die Alten und Hochbetagten, die trotz Rücksichtnahmen großes Leid erdulden mussten? Die Auswirkungen der Pandemie mit ihren Beschränkungen sollte man nicht kleinreden. Welche Auswirkungen hatte denn Corona auf die Senioren, auf ihre körperliche, ihre seelische und ihre geistige Verfassung? Der Zugang zu

Pflegeheimen und auch zu Krankenhäusern ist unter Corona immer noch massiv eingeschränkt. Was macht es mit Alten, Dementen, mit Schwerkranken, mit Sterbenden und ihren Angehörigen, wenn Besuche nur mit großen Einschränkungen oder gar überhaupt nicht erlaubt sind, wenn kein persönlicher Kontakt bestehen darf? Was macht es mit Alten, die erleben, dass ihre Freunde an Covid sterben?

In über 40 % der deutschen Haushalte lebt nur eine Person und die meisten Singles sind Senioren, v.a. Frauen über 75 Jahre und 91 % der Senioren leben in ihren eigenen vier Wänden. Was machen die Corona-Beschränkungen mit alten Menschen? Viele Alte leiden unter Einsamkeit und haben aufgrund von altersbedingten Mobilitäts-Einschränkungen einen ohnehin sehr geringen Aktionsradius, der unter Corona noch kleiner wurde. Kulturelle Angebote waren massiv reduziert und die wenigen Angebote hat man sich nicht getraut anzunehmen. Ja selbst ein Museumsbesuch ängstigte. Dabei weiß man längst, dass auch der alte Mensch geistige Anstrengungen und unbedingt Sozialkontakte benötigt, um einen wachen Verstand zu bewahren. Vereinsamte Menschen laufen eher Gefahr dement zu werden. Elektronische Medien sind vielen völlig fremd und können keinen menschlichen Kontakt ersetzen und ein Video-Chat keine Berührung.

Die Sportvereine durften keine Kurse in Hallen anbieten, Schwimmbäder waren geschlossen. Sogar das Wandern in Gruppen war verboten. Welche Auswirkungen hat es auf einen alternden Körper, wenn er nicht mehr seine Muskeln trainieren kann? Man weiß, dass die Muskelmasse im Alter zunehmend abgebaut und damit Sturzgefahr und Knochenbrüche einhergehen und letztlich die Invalidität steigen kann.

Was macht es mit den Alten und ihren Familien, wenn man sich nicht traut aus Angst vor Ansteckung zusammen Weihnachten zu feiern?

Es wäre doch sehr wünschenswert, wenn auch die Probleme der älteren Bevölkerung, die immerhin ein knappes Drittel der Gesamt-Bevölkerung ausmachen, in den Focus wissenschaftlicher und medialer Betrachtung rutschten. Pauschale Feststellung, dass die Alten resilienter seien, tut die teils schwierige Situation und das Leid der Alten ab und verniedlicht es. „Älter werden ist nichts für Feiglinge“, gilt auch besonders in diesen Zeiten.

Annette Eichendorf, Stellv. Kreis-Vorsitzende SenU Rhein-Sieg

„Wir müssen das endlich mal gründlich diskutieren“ Klausurtagung des Bezirksvorstands Mittelrhein der Senioren-Union

Mitgliederentwicklung, Mitgliederwerbung, Veranstaltungsformen, Öffentlichkeitsarbeit – Themen und Aufgabenstellungen, die uns in der Vorstandssitzung des Bezirksverbandes, aber auch auf anderen Ebenen, immer wieder beschäftigen. Die Fragestellungen werden andiskutiert, einzelne Vorschläge erörtert – aber zu einer gründlichen Analyse fehlt oft die Zeit.

Das war der Grund, weshalb sich der Bezirksvorstand Mittelrhein der Senioren-Union entschlossen hat, diese wichtigen Themen im Rahmen einer Klausurtagung einmal gründlich aufzuarbeiten. Und so traf sich der Bezirksvorstand am 18. und 19. November 2022 im idyllisch im Siebengebirge gelegenen Hotel „Haus Schlesien“.

Während des gesamten Freitagnachmittags war auch unser Landesvorsitzender Helge Benda (zugleich Stellvertretender Bundesvorsitzender) unser Gast und stimmte den Vorstand mit einem inhaltsreichen Bericht über die Arbeit im Bundes- und Landesverband ein. Im Zentrum stand die Aussage, dass bei einer immer älter werdenden Gesellschaft der Stellenwert der Älteren – und damit auf politischer Ebene auch der Senioren-Union - immer mehr zunimmt. Der Slogan der Senioren-Union „Zukunft braucht Erfahrung“ bringt dies deutlich zum Ausdruck. Umso wichtiger war es, dass die Senioren-Union in Person des Landesvorsitzenden bei den Arbeitsgruppensitzungen zum Koalitionsvertrag nach der Landtagswahl in NRW aktiv beteiligt wurde. Der „Zukunftsvertrag“ bringt dies deutlich zum Ausdruck. Hierzu hatte Helge Benda einen 12-seitigen Auszug für die Senioren-Union mitgebracht, bei dem wir die Erfolge ableiten können, die für die ältere Generation in diesen Koalitionsvertrag einfließen konnten – ein eindrucksvolles Dokument. In der Aussprache ergaben sich eine Reihe von Anregungen der Diskutanten, die der Landesvorsitzende mitzunehmen versprach.

Nach der intensiven Diskussion – fast hätten wir dabei Kaffee und Kuchen vergessen – erläuterte der Bezirksvorsitzende Dr. Wolfgang Gärtner die Organisations- und Gremienstruktur unserer Vereinigung (Die Organisation der Senioren-Union: Bund, Land, Bezirk, Kreisverband und Untergliederungen).

„Die Senioren-Union im Kreis der CDU-Vereinigungen“ war der nächste Themenkomplex. Zu Gast waren die Bezirksvorsitzende der Frauen-Union Martina Engels-Bremer und der Stellvertretende Bezirksvorsitzende der Jungen Union Gianluca Boehm. In einem lebhaften Dialog wurden die Möglichkeiten der Zusammenarbeit bis hin zu gemeinsamen Aktionen erörtert. Gerade zwischen JU und SenU hat es in der Vergangenheit in Wahlkämpfen, aber auch darüber hinaus, immer wieder gemeinsame



Landesvorsitzender Helge Benda bei seinem Vortrag

Veranstaltungen gegeben. In den Untergliederungen der Kreisebenen ist dies in der Praxis oft schwierig, da es nicht überall eine organisierte JU oder Frauenunion gibt. Die Anregung von Martina Engels-Bremer, dass sich die Vereinigungen auf Bezirksebene regelmäßig zusammensetzen sollten, wurde dabei gerne aufgenommen. Diese Fragestellungen wurden dann beim Abendessen in lebhaften Gesprächen weiter fortgesponnen.

Veranstaltungsformen und ihre Bedeutung für die Mitgliedergewinnung bildeten den ersten Schwerpunkt am Samstagmorgen. Gerade auch vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie sind die Mitgliederzahlen in den meisten Gliederungen unserer Vereinigung rückläufig, was auch damit zusammenhängt, dass wir kaum Veranstaltungen durchführen konnten. Geradezu vorbildlich ist in diesem Zusammenhang die Arbeit der Senioren-Union im Stadtverband Pulheim im Rhein-Erft-Kreis. Dessen Vorsitzender Siegbert Renner (lange Jahre auch Bezirksvorsitzender) erläuterte in einem eindrucksvollen und instruktiven Vortrag „Die unterschiedlichen Aktivitäten der Senioren-Union vor Ort als Instrumente der Mitgliederwerbung“. Wichtig ist dabei die Kontinuität der verschiedenen Veranstaltungsformate: Die Reihe sog. „Generationengespräche“ zu interessanten gesellschaftlichen Themen (Beteiligung insbesondere der JU), Benefizveranstaltungen, Fahrten, Neujahrsempfänge sowie die Mitgliederpflege – das alles zusammengefasst in einem Flyer, der einen Jahresüberblick über die Veranstaltungen gibt. Andere Verbände im Bezirk haben die Praxis inzwischen aufgegriffen, bei anderen sind sie in Vorbereitung.

Ob die Bezeichnung „Senioren-Union“ und damit der Begriff „Senior“ der Mitgliedererwerb zuträglich sei, wurde von einigen Vorstandsmitgliedern in Frage gestellt. Gerade jüngere, noch im Beruf stehende Menschen über 60 würden sich schwertun, sich selbst als Senior zu definieren.



Zu Gast bei der Senioren-Union: Der Stellvertretende Vorsitzende der JU Mittelrhein Gianluca Bochem und Martina Engels-Bremer, Vorsitzende der Frauenunion Mittelrhein

Nächster Schwerpunkt war der Vortrag von Dieter Gruner „Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit der Senioren-Union.“ Gruner, Kreisvorsitzender der Kölner Senioren-Union, ist selbst Journalist, der jahrelang für Printmedien, als Pressesprecher eines Landkreises und als Redakteur und Reporter im WDR gearbeitet hat. Gruner erläuterte die journalistische Arbeit in den verschiedenen Medien und problematische Entwicklungen der letzten Jahre (Verkleinerung der hauptamtlichen Redaktionsstäbe insbesondere im lokalen Bereich, schwindende Trennung von Bericht und Meinung). In den Redaktionen insbesondere im Fernsehen dominierten inzwischen Anhänger der Grünen.

Mit normalen Presseerklärungen die Zeitungsredaktionen zu erreichen, sei nahezu unmöglich. Die üblichen Musterpressemeldungen des Bundesverbandes würden lokal – wie praktische Versuche gezeigt hätten – kaum gebracht. Erfolgversprechender seien Pressegespräche zu aktuellen, auch kontroversen Themen.

An der Nutzung der „sozialen Medien“ (Webseite, Facebook usw.) auch für unsere Vereinigung führe heute kein Weg vorbei. Dies sei aufwändig und müsse immer gepflegt und aktuell gehalten werden. Die Zahl der Nutzer auch in der älteren Generation nehme ständig zu.

Den Abschluss bildete ein Überblick „Seniorenvertretung, Seniorenbeiräte und Seniorennetzwerke als Interessenvertretung der Senioren – Möglichkeiten der Zusammenarbeit“ von Dr. Wolfgang Gärtner. Dabei wurden die gesetzlichen Grundlagen erläutert, verschiedene Organisationen wie die BAGSO und die Landesseniorenvertretung NRW vorgestellt und die

verschieden Beteiligungsformen in Theorie und Praxis erläutert.

Heftig diskutiert wurde auch der § 27a der Gemeindeordnung NRW, der den Kommunen die Möglichkeit einräumt, Seniorenvertretungen/Seniorenbeiräte einzurichten. Davon haben mehr als ein Drittel der Kommunen Gebrauch gemacht, andere weigern sich hartnäckig („Wir brauchen nicht noch ein Gremium“), an der Spitze die KPV. Hier gibt es Forderungen an den Landesgesetzgeber, die Einführung solcher Gremien zur Pflicht zu machen. Dabei deutet sich ein Konflikt an, bei dem sich die Senioren—Union engagieren soll.

Die Klausurtagung endete mit einem gemeinsamen Mittagessen. Alle Teilnehmer empfanden die Tagung als ertragreich: Die Ergebnisse werden in den nächsten Gremiensitzungen weiter verfeinert und in praktisches Handeln auf den unterschiedlichen Ebenen umgesetzt.

Dr. Wolfgang Gärtner, Bezirksvorsitzender Mittelrhein

Bildung als Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes

Im Verlauf der 2020er Jahre werden wir die Auswirkungen des demografischen Wandels massiv zu spüren bekommen. Die geburtenstärksten Jahrgänge der Nachkriegsgeschichte werden zwischen 2025 und 2030 in Rente gehen und der ohnehin schon existierende Fachkräftemangel wird nochmals verstärkt. Arbeitsmarktforscher prognostizieren bis zu fünf Millionen unbesetzte Stellen bis zum Ende des Jahrzehnts mit entsprechenden Auswirkungen auf unsere Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft.



Jonathan Grunwald, MdL

In dieser Gemengelage fällt der Bildungspolitik eine zentrale Rolle zu, denn Bildung ist der Schlüssel zur Sicherung unseres Wohlstands. Wir müssen unseren Kindern die bestmöglichen Startbedingungen geben, um in einem global kompetitiven

Umfeld bestehen zu können. Zudem sind wir als Volkswirtschaft und nicht zuletzt als Sozialstaat darauf angewiesen, durch die Kombination aus bester Bildung und Unternehmergeist für wirtschaftliches Wachstum zu sorgen. Allerdings beruht unser

Bildungssystem in weiten Teilen auf einem Verständnis und einer Systematik, die Mitte des 20. Jahrhunderts erdacht wurde. Und mit einem Anteil von lediglich 4,2 % am BIP, der in Bildung investiert wird, hat Deutschland im europäischen und globalen Vergleich akuten Nachholbedarf. Spitzenreiter Norwegen investiert 6,7 %, die USA 6,2 % und sogar der OECD-Schnitt liegt bei 4,7 % des BIP.

Wenn unser Land im globalen Wettbewerb bestehen will, müssen wir das Ruder rumreißen und eine Bildungsoffensive mit klarer Fokussierung auf die wesentlichen Erfolgsfaktoren einleiten. Drei Handlungsfelder sehe ich in diesem Kontext:

1) Stärkung der MINT-Bildung

Jahrzehntelang haben unsere Unternehmen die besten Autos, die innovativsten Maschinen, die effektivsten Chemieprodukte und die präzisesten Rüstungsgüter entwickelt und produziert. Die Digitalisierung aller Wirtschaftsbranchen und die immer stärker werdende Rolle von Software bei der Produktion haben den Trend zu den naturwissenschaftlichen Disziplinen weiter verstärkt. Auch wenn Interdisziplinarität ein hohes Gut ist, müssen wir als Volkswirtschaft mit globalem Wachstumsanspruch einen Fokus auf die Stärkung der sogenannten MINT-Fächer legen. Durch Projektarbeit sowie außerschulische Erlebnisorte wie das Deutsche Museum in Bonn muss das Interesse an Naturwissenschaften und mathematisch-technischen Themen geweckt werden.

2) Vermittlung digitaler Kompetenzen

Die globale Wertschöpfung verlagert sich zunehmend in den digitalen Raum. Die digitalen Weltmarktführer kommen dabei in der Regel aus den USA, China, Großbritannien oder Israel. Bei allen Differenzen eint diese Staaten ein klarer Fokus auf die Vermittlung digitaler Kompetenzen an Schulen und Universitäten. In diesem Bereich müssen wir dringend aufholen. Jede Schülerin und jeder Schüler muss ein Grundverständnis für die Funktionsweise von Algorithmen, von datenbasierten Geschäftsmodellen und von Manipulation im digitalen Raum vermittelt bekommen. Dafür benötigen wir kein neues Schulfach, vielmehr muss die Vermittlung digitaler Kompetenzen in den Unterricht anderer Fächer integriert werden. Algorithmen basieren auf mathematischen Prinzipien, datenbasierte Geschäftsmodelle können im Fach

Wirtschaft-Politik thematisiert und Falschmeldungen im Englisch- oder Deutschunterricht besprochen werden.

3) Weiterentwicklung der Lehrkräftefortbildung

Das in einer Ausbildung oder im Studium erlernte Wissen trägt niemanden über 40 Berufsjahre. Wissen wird flüchtig – diese Erkenntnis drückt sich durch den inflationär verwendeten Begriff des lebenslangen Lernens aus. Fortbildungen und Umschulungen sind in der freien Wirtschaft längst Alltag. Diese Selbstverständlichkeit findet bisher noch zu wenig Berücksichtigung an unseren Schulen. Weder sind Fortbildungen verpflichtend, noch entsprechen die existierenden Angebote den Anforderungen unserer Zeit. Dabei legen die Lehrerinnen und Lehrer den Grundstein für das Wissen und den späteren Werdegang unserer Kinder und Jugendlichen. Wir müssen daher dringend die Verbindlichkeit von Fortbildungen erhöhen und das Angebot evaluieren und mit Hilfe von externen Partnern an die heutigen Ansprüche und neuesten Forschungsstände angleichen. Wir brauchen die bestausgebildetsten Lehrer!

Die Modernisierung unseres Bildungssystems ist kein Sprint, sie ist ein Marathon. Und sie gelingt nur durch Prioritätensetzung und einen gesamtgesellschaftlichen Konsens. Als Mitglied des Landtags darf ich seit dem 15. Mai 2022 in den Ausschüssen für Bildung und Forschung daran tatkräftig mitarbeiten.

Jonathan Grunwald, MdL
www.jonathan-grunwald.de

Anmerkung der Redaktion:

"Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für diese Beiträge übernimmt die Redaktion auch keine Verantwortung."

Impressum Herausgeber: Senioren-Union der CDU Rhein-Sieg-Kreis

Redaktion: M. Basche, Dr. R. D. Cremer, A. Eichendorf, H. Moos-Müller, L. Müller

Beiträge an Annette Eichendorf (Eichendorf@t-online.de)

V.I.S.P.: Dr. Rolf D. Cremer